



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2013 – STELLUNGNAHME DER BUNDESREGIERUNG →

Die Bundesregierung hat in dieser Woche eine Stellungnahme zu dem von den Ländern in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts (Steuervereinfachungsgesetz 2013 – StVereinfG 2013) abgegeben und die Vorschläge weitestgehend abgelehnt (siehe hierzu bereits BID Steuerpolitik 04. 2013 vom 18.01.2013). Der Entwurf wird nunmehr an den Bundestag zur Beratung weitergeleitet.

Die elf Maßnahmen und die Bewertung der Bundesregierung sind im Folgenden aufgeführt. :

- Begrenzung der Steuerfreiheit von Arbeitgeberzuschüssen zur Kinderbetreuung (§§ 3 Nr. 33, 10 Abs. 1 Nr. 5, 41, 41b EStG)  
Ablehnung durch Bundesregierung. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

### VERMITTLUNGSAUSSCHUSS VERTAGT ENTSCHEIDUNG ZU „STREUBESITZDIVIDENDEN“ →

Am vergangenen Dienstag, den 29.01.2013 hat der Vermittlungsausschuss erneut zu zahlreichen Themen getagt. So waren das Gesetz zur Fortsetzung des Meldewesens, das Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005), das Achte Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das SEPA-Begleitgesetz sowie das Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C 284/09 Gegenstand der Verhandlungen (im Folgenden „Gesetz zu Streubesitzdividenden“) auf der Tagesordnung.

Eine Einigung zu dem Gesetz zu Streubesitzdividenden wurde nicht erzielt. Das Thema wurde daher vertagt und wird voraussichtlich am 26.02.2013 in der nächsten Sitzung des Vermittlungsausschusses behandelt. Das Gesetzgebungsverfahren soll nach Möglichkeit bis zum 01.03.2013 abgeschlossen sein.

Grundlage für die weitere Vorgehensweise ist eine Vorlage aus Rheinland-Pfalz. (...)


→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 4**.

## EDITORIAL

Liebe Leser,

am heutigen Freitag liegt dem Bundesrat wieder einmal das „Steuerpaket“ zur Beschlussfassung vor. So wird die Anhebung des steuerfreien Grundfreibetrags zur Sicherung des Existenzminimums voraussichtlich die Zustimmung des Bundesrates finden. Auch für das Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz 2013 wird eine positive Entscheidung erwartet. Dagegen ist das weitere Verfahren beim Jahressteuergesetz 2013 offen. Ob es weitere Vermittlungsversuche geben wird, falls der Bundesrat seine Zustimmung erneut versagen sollte, bleibt abzuwarten.

Im Fokus dieser Ausgabe stehen die in dieser Woche veröffentlichte Stellungnahme der Bundesregierung zu dem von den Ländern im Bundesrat eingebrachten Steuervereinfachungsgesetz 2013 sowie die Ergebnisse der Sitzung des Vermittlungsausschusses zu den „Streubesitzdividenden“ am vergangenen Dienstag. Schließlich passierte das AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz das Kabinett, wobei es einige wesentliche Änderungen im Vergleich zum Referentenentwurf gegeben hat.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



## → TOP-ISSUES (Fortsetzung)

### KABINETT BESCHLIESST ENTWURF EINES GESETZES ZUR ANPASSUNG DES INVESTITIONSTEUERGESETZES UND ANDERER GESETZE AN DAS AIFM-UMSETZUNGSGESETZ →

Am vergangenen Mittwoch, den 30.01.2013 hat das Kabinett einen überarbeiteten Gesetzentwurf („Kabinettentwurf“) zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes („InvStG-E“) an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz/AIFM-StAnpG) beschlossen. In dem Kabinettsentwurf werden zahlreiche von den Verbänden gegenüber dem Referentenentwurf vom 04.12.2012 vorgebrachte Kritikpunkte berücksichtigt, so dass die Anpassungen zu deutlichen Verbesserungen für den Steuerpflichtigen führen.

#### Hintergrund

Durch das AIFM-Umsetzungsgesetz wird ein Kapitalanlagegesetzbuch geschaffen, in dem die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 08.06.2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 01.07.2011, S. 1) – AIFM-Richtlinie umgesetzt wird. Diese Einführung hat zur Folge, dass diverse Gesetze, die bisher Bezug auf das Investmentgesetz genommen haben, nunmehr geändert werden müssen. Das AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz dient also der Anpassung diverser steuerrechtlicher Regelungen – insbesondere des Investmentsteuerrechts – und außersteuerlicher Normen an das Kapitalanlagegesetzbuch, welches mit dem AIFM-Umsetzungsgesetz eingeführt wird.

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 04.12.2012 den Ressorts sowie den Ländern und Verbänden den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz zur Stellungnahme zugeleitet. Am 21.01.2013 wurde sodann durch den Bundesminister der Finanzen der Kabinettsentwurf, welcher auf dem vom 04.12.2012 eingereichten Referentenentwurf basiert, übermittelt. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 4**.

#### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. [www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

## CONTENT

### → TOP-ISSUES SEITE 1

Steuervereinfachungsgesetz 2013 – Stellungnahme der Bundesregierung

Vermittlungsausschuss vertagt Entscheidung zu „Streubesitzdividenden“

Kabinett beschließt Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Investitionssteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz

### → OUTGOING (28.01 - 01.02.13) SEITE 6

Kabinettsbeschluss zum Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz

2./3. Lesung des Bundestags zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge- Verbesserungsgesetz - AltvVerbG)

Bundesratszustimmung zum Vermittlungsvorschlag zum Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts u. a.

### → STATUS (01.02.13) SEITE 8

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-StAnpG)

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Jahressteuergesetz 2013 u. a.

### → UPCOMING (04.02.-08.02.13) SEITE 18

BUNDESTAG: Keine Sitzung, nächste Sitzungswoche: 18.-22.02.2013

BUNDESRAT: Keine Sitzung, nächste Plenarsitzung: 01.03.2013

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS:  
Nächste Sitzung: 26.02.2013



## → BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

---

Unternehmen/Institution

---

Ansprechpartner

---

Funktion

---

Telefonnummer

---

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.berlinerinformationsdienst.de](http://www.berlinerinformationsdienst.de)

## REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, [sbj@polisphere.eu](mailto:sbj@polisphere.eu), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:  
Lillemor Ullrich, [lu@polisphere.eu](mailto:lu@polisphere.eu), -26

für Gesundheitspolitik:  
Roberta Wendt, [rw@polisphere.eu](mailto:rw@polisphere.eu), -27

für Netzpolitik:  
Aylin Ünal, [au@polisphere.eu](mailto:au@polisphere.eu), -20

für Steuerpolitik:  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@polisphere.eu](mailto:tw@polisphere.eu), -20

## IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)  
[berlin@polisphere.eu](mailto:berlin@polisphere.eu)  
[www.polisphere.eu](http://www.polisphere.eu)